

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 11/2012

„Deutschlands Stärke ist nicht unendlich“ / Persönliche Notizen

Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht sich erneut gegen Vergemeinschaftung europäischer Staatsschulden aus

In dieser vorletzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause konnten wichtige Entscheidungen zur Stabilisierung Europas, seiner Wirtschaft und seiner Währung vorbereitet werden. „Niemandem ist geholfen, wenn Entscheidungen vertagt werden“, mahnte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder zu Beginn dieser Woche in seinem Bericht an die Fraktion. Der Vorsitzende unterstrich dabei die Wichtigkeit einer finanziellen Solidarität in Europa, die allerdings untrennbar verknüpft sei mit durchsetzbarer fiskalpolitischer Verlässlichkeit. Er setze seinen Hoffnung darauf, dass sich auch bei der Opposition im Deutschen Bundestag endlich die Erkenntnis durchsetzt: „Dass man Wachstum nicht mit Steuergeldern herbeizaubern kann, sondern durch ernsthafte Strukturereformen erarbeiten muss.“ Volker Kauder kündigte ebenfalls gleich zu Beginn dieser Woche seine Gesprächsbereitschaft mit der Opposition an und äußerte seine Erwartung, dass diese Verantwortung in dieser Frage zeige und rasch mit der christlich-liberalen Koalition für den Fiskalpakt und den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) stimme.

Nach intensiven Verhandlungen einigten sich an diesem Donnerstag Koalition und Opposition darauf, den europäischen Fiskalpakt mit schärferen Haushaltsregeln und den dauerhaften Eu-

ro-Rettungsschirm (ESM) noch vor der parlamentarischen Sommerpause von Bundestag und Bundesrat verabschieden zu lassen. Die Abstimmung im Bundestag ist nun für den 29. Juni vorgesehen. Vor der Abstimmung wird es weitere Treffen von Kanzlerin Angela Merkel mit den Spitzenvertretern der Parteien und Fraktionen geben. So soll sich zunächst am 21. Juni wieder eine Spitzenrunde treffen. Nach dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien am 22. Juni ist am 23. Juni eine weitere Begegnung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden vorgesehen. Am 28. und 29. Juni tagt in Brüssel der Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs. Unions-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder sagte nach der Einigung vom Donnerstag, man sei wieder einen guten Schritt vorangekommen. Der nun vereinbarte Zeitplan stelle sicher, dass der europäische Stabilisierungsmechanismus ESM gemeinsam mit dem Fiskalpakt pünktlich in Kraft treten kann.

Im gleichen Sinne wie Volker Kauder zu Beginn dieser Woche mahnte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung kurz vor dem G-20-Gipfel der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer europaweit und international weitaus stärkere Anstrengungen im Kampf gegen die Finanzkrise an. Viele Ziele seien noch nicht umgesetzt worden, nur dadurch habe die Krise so schlimm werden können, kritisierte sie

am Donnerstag im Bundestag. Die Bundeskanzlerin will beim G-20 im mexikanischen Los Cabos Anfang kommender Woche weiter Druck machen und die Eurozone in den Mittelpunkt der Beratungen stellen, sagte die CDU-Vorsitzende in ihrer Regierungserklärung. Sie warnte erneut vor überzogenen Erwartungen an Deutschland. „Ja, Deutschland ist stark“, sagte sie. Deutschland sei Wirtschaftsmotor und Stabilitätsanker in Europa, Deutschland setze diese Kraft im Dienste Europas und im Dienste der Weltwirtschaft ein. „Aber wir wissen eben auch: Auch Deutschlands Stärke ist nicht unendlich.“ In diesem Zusammenhang wies sie Begierlichkeiten nach einer Vergemeinschaftung der europäischen Staatsschulden erneut zurück. Diese „scheinbar einfachen Vergemeinschaftungsüberlegungen sind völlig kontraproduktiv.“ Genau damit werde das Mittelmaß für Europa zum Maßstab erklärt. „Wir würden mit ihnen unseren Anspruch aufgeben, unseren Wohlstand im weltweiten Wettbewerb zu halten.“ Es könne gut möglich sein, dass eine Vergemeinschaftung der Schulden „manchen Marktteilnehmern“ durchaus Recht sei. „Aber wir machen nicht Politik im Auftrag der Märkte, sondern wir machen sie für die Zukunft der Menschen in unserem Lande“, so Merkel.

Nachtragshaushaltsgesetz 2012

Namentlich hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 abgestimmt. Damit reagiert die Koalition auf die bei Aufstellung des Haushalts 2012 nicht absehbare Fälligkeit von zwei Bareinlagen für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Mit dem Nachtrag werden die haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Deutschland bereits in diesem Jahr die Einzahlung der ersten beiden Raten des deutschen Anteils am Eigenkapital des ESM in Höhe von insgesamt rund 8,7 Milliarden Euro leisten kann. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Barthle erklärte dazu: „Es ist erfreulich, dass die Neuverschuldung in diesem Jahr gegenüber dem Regierungsentwurf des Nachtrags von 34,8 Milliarden Euro auf 32,1 Milliarden Euro

sinkt. Wie bei der Veröffentlichung der Ergebnisse der Steuerschätzung im Mai angekündigt, nutzt die Koalition die Steuer Mehreinnahmen in diesem Jahr vollständig zur Absenkung der Neuverschuldung. Diese positiven Entwicklungen zeigen, dass es richtig ist, dass sich die Koalition bezüglich der wirtschaftlichen Annahmen vom Prinzip der Vorsichtigkeit leiten lässt. Der Bund wird die verfassungsrechtliche Schuldenregel strikt einhalten und übererfüllen: Voraussichtlich bereits im Jahr 2014 werden wir die Voraussetzung der Schuldenregel für das Jahr 2016 erfüllen; der ausgeglichene Haushalt ist in Sicht!“.

Koalitionskongress zu ländlichen Räumen

An diesem Montag fand auf Einladung der Fraktionen von CDU/CSU und FDP in Anwesenheit von mehr als 500 angemeldeten hochrangigen Gästen der Kongress „Ländliche Räume, regionale Vielfalt – wie gestalten wir die Zukunft?“ statt. Die Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume – regionale Vielfalt“ hat seit Jahresbeginn intensiv beraten und stellt fest: Deutschland lebt von und in seinen ländlichen Räumen. Die Mehrzahl seiner Unternehmen und etwa die Hälfte seiner Einwohner sorgt hier für Wohlstand und Wachstum für das ganze Land. In Zeiten des demographischen Wandels angesichts einer abnehmenden und älter werdenden Bevölkerung stehen gerade die ländlichen Räume vor besonderen Herausforderungen. Junge und aktive Menschen zieht es zunehmend in die vitalen urbanen Zentren. Damit besteht die Gefahr, dass viele Regionen in Deutschland den Anschluss verlieren. Die Unternehmen brauchen genügend Fachkräfte, die medizinische Versorgung muss gewährleistet bleiben, Schulen und Kindergärten müssen für Kinder und Jugendliche erreichbar bleiben, moderne Kommunikationstechnologien müssen weiter ausgebaut werden. Der Kongress diente dazu, Vorschläge und Anregungen aus der Diskussion mit betroffenen Unternehmen, Kommunen und Organisationen in die parlamentarische Arbeit einzubeziehen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Veranstaltung wird die Koalitionsarbeitsgruppe Empfehlungen zur Stärkung der ländlichen Räume vorlegen, deren Umsetzung in der zweiten Jahreshälfte beginnen wird.

Jugendkriminalität besser bekämpfen

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur „Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten“ führt die christlich-liberale Koalition den sogenannten Warnschussarrest ein und schließt damit in dieser Woche eine Lücke im Jugendstrafrecht. Zukünftig kann der Jugendrichter neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe einen bis zu vierwöchigen Arrest anordnen. Jugendliche Straftäter bekommen so einen Vorgeschmack darauf, was sie im Gefängnis erwartet, wenn sie ihre kriminelle Karriere fortsetzen. Sie gehen im Bewährungsfall also nicht mit einem gefühlten „Freifahrtsschein“ nach Hause. Im Arrest eröffnet sich die Möglichkeit, erzieherisch auf sie einzuwirken. Auch kann die Trennung von der Umgebung, die den Jugendlichen negativ beeinflusst, heilsam sein. Zugleich wird das Höchstmaß der Jugendstrafe bei Mord für Heranwachsende von zehn auf 15 Jahre angehoben. Dem Ausmaß der Schuld wird so bei besonders schweren Mordverbrechen besser als bisher Rechnung getragen. Die christlich-liberale Koalition beschreitet mit diesen Sanktionsmöglichkeiten neue Wege im Kampf gegen die Jugendkriminalität. Die Koalition macht deutlich, dass sie sich mit dem nach wie vor hohen Stand von Gewalttaten Jugendlicher nicht abfindet. Statt mit folgenloser Empörung über brutale Übergriffe Jugendlicher wird nun mit klaren Maßnahmen reagiert und das Instrumentarium und die Sanktionsmöglichkeiten des Jugendstrafrechts an die neuen Herausforderungen angepasst.

Zitat:

«Um 15 Uhr beginnt die Sitzung der Bundestagsfraktion. Konrad Adenauer hat dieses Gremium einmal als Vorhof zur Hölle bezeichnet. Bundeskanzler dürfen ziemlich viel - aber nicht gerne dort zu spät kommen.»

(Die Entschuldigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel am Dienstag in Berlin, als sie eine Tagung des CDU-Wirtschaftsrates ohne Debatte verließ, um pünktlich zur Sitzung der Unionsfraktion zu kommen.)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis und Land

Aus den letzten zwei Wochen im Wahlkreis vor dieser Sitzungswoche möchte ich folgende Termine und Ereignisse erwähnen:

25. Mai: Bezirksvorstandssitzung der CDU Nord-Württemberg in Stuttgart, intensive Diskussion über die Zukunftswerkstatt zur Neuausrichtung unserer Partei. Beeindruckend, dass an einem „Pfingstfreitag“ Bezirks- und Landesvorstandsmitglieder von 17 bis 23 Uhr intensiv um die Sache ringen! Diese Sitzung hat uns weiter gebracht.

Pfingsten verbrachte ich im Familienkreis, wir feierten den 70. Geburtstag meiner Mutter. Am Pfingstsonntag war ich wieder Gast beim traditionellen Nattheimer Kinderfest, mit beeindruckendem Gottesdienst, einem schönen Umzug, klasse Aufführungen der Grundschulklassen und ein schönes Fest unter 140 Jahre alten Bäumen. Von Dienstag bis Freitag nahm ich mit meiner Frau an der Reise unserer CDU-Landesgruppe nach Rumänien teil, die mein Kollege Gunther Kriechbaum organisiert hatte. In Hermannstadt/Sibiu besuchten wir auf meinen Vorschlag die Niederlassung der Firma RUD aus Unterkochen, klasse, was da auf die Beine, besser auf die Schneeketten, gestellt wird!

Am 02. Juni war ich neben Dr. Eberhard Schwerdtner der einzige CDU-Politiker, der an dem ausgezeichneten Limes-World Cup in Sportakrobatik in der Aalener Greuthalle teilgenommen hat. Was der TSG da mit 7 Nationen ehrenamtlich geleistet hat, war spitze! Leider waren die Besucherzahlen etwas gering.

Am gleichen Tag leitete ich erstmals den neubelebten Arbeitskreis Bundeswehr der CDU Baden-Württemberg, unter den vielen Arbeitsfeldern habe ich den Schwerpunkt auf Konversion und auf die Zusammenarbeit mit Blaulichtorganisationen beim Heimat- und Katastrophenschutz gelegt. Wie können wir junge Menschen begeistern, sich für Sicherheit und Zusammenhalt unserer Heimat freiwillig zu engagieren (THW, FFW, Hilfsdienste und Reserve)?! Mehr unter: <http://bit.ly/KKWXXVB>

Am 06. Juni war ich in Berlin Gast beim Krone/Ellwanger Kreis, zu dem ich wegen meiner Ellwanger Herkunft erstmals geladen war. Dieser Kreis setzt sich mit dem Wertefundament der Union auseinander und wurde 1947 in Ellwangen gegründet. Er besteht im Wesentlichen aus ehemaligen Verantwortungsträgern unseres Staates und vieler Bundesländer.

Am gleichen Tag veröffentlichte die FAZ einen Artikel zu einem Papier (<http://bit.ly/LqfjXD>), das Dr. Andreas Schockenhoff und ich in den letzten drei Monaten zu einer Verbesserung der Europäischen Sicherheitspolitik angesichts der Finanzkrise und den beunruhigenden Entwicklungen in der arabischen Welt geschrieben haben (Original hier: <http://bit.ly/Krjkkd>). Es brachte bundesweit große Resonanz und regt derzeit die sicherheitspolitische Debatte im Bund an. Auch unsere Schwäbische Zeitung (<http://bit.ly/KrjwOg>) wie auch die Süddeutsche (<http://bit.ly/NCVRNG>) berichteten u.a. darüber. Das Papier gibt es inzwischen auch auf Englisch, Französisch, Polnisch und Türkisch. Falls Sie an fremdsprachigen Versionen Interesse haben, wenden Sie sich bitte an mein Berliner Büro.

Vom 07.-10. Juni standen einige Jubiläen im Wahlkreis an, 150 Jahre Freiwillige Feuerwehr (FFW) Giengen, 125 Jahre FFW Trochtelfingen und 675 Jahre Gemeinde Rindelbach. Nach Trochtelfingen habe ich auch meinen MdB-Kollegen Florian Hahn, CSU, eingeladen, dessen Familie aus T. stammt. Gemeinsam haben wir der FFW Trochtelfingen ein schmuckes Fahnenband mit Bundestagsadler überreicht. In Rindelbach gab ich einen Maßkrug unter großer Heiterkeit des Festsalles zurück, dessen Pfand ich gemeinsam mit Winfried Mack MdL vor 31 Jahren in einem Rindelbacher Festzelt nicht „eingelöst“ habe, immerhin hat der Krug 16 Umzüge unbeschadet überstanden ;-). In Giengen hat mich neben der langen Feuerwehrtradition vor allem der kluge Feuerwehrbedarfsplan der Stadt überzeugt.

Am 09. Juni war ich zusammen mit unserem Bezirksvorsitzenden und Verkehrsexperten Steffen Bilger Referent beim 1. Infrastrukturforum der Jungen Union Ostalb, Schwerpunkt war die B29. Klasse organisiert und thematisch gut

aufbereitet war es bedauerlich, dass sich die regionalen Medien nicht sehen ließen. Klasse ist, dass sich verantwortungsbewusste Vertreter der jungen Generation unserer Heimat ein echtes Zukunftsthema vornehmen, denn ihnen geht es darum, dass auch für ihre Generation unsere Region attraktiv bleibt... Ich habe die jungen Leute ermuntert, sich nicht entmutigen zu lassen, zahlreiche VertreterInnen von Bürgerinitiativen aus Mögglingen und dem Osten des Wahlkreises haben für den Aufwand entschädigt. Die grünrote Verkehrspolitik jedenfalls mobilisiert unser bürgerliches Lager. Dass wir etwas bewegen können durch kluge Proteste hat die Abstimmung über S21 gezeigt.

2. Berlin

Diese Sitzungswoche hatte einen ganz engen Bezug zum Wahlkreis. Am Montag besuchten mich Alexander Krieger und Jonas Alt aus Heidenheim, beide nahmen diese Woche am Programm "Jugend und Parlament" teil. Es bietet die Chance, sich ein Bild der Arbeit von Abgeordneten in den Fraktionen einschließlich eigener Plenardebatten der Jungpolitiker zu machen. Von EnBw/OdR besuchten mich Herr Palm und Herr Wagner, wir trafen Vertreter aus dem Wirtschaftsministerium um praktische Lösungen für "smart grids"/"smart metering" in der Energiewende zu finden.

Am Montagabend diskutierten wir zwischen unserer Landesgruppe und dem CDU-Wirtschaftsrat lange über viele wirtschaftspolitische Fragen. Ich habe mich gefreut, länger mit Georg Brunnhuber und Günther Oettinger sprechen zu können.

Am Dienstag traf ich mit meinem fränkischen Kollegen Josef Göppel, CSU, Herrn Dr. Zeug von der Deutschen Bahn, um über die bessere Anbindung von Ostwürttemberg an das überregionale Schienennetz zu sprechen. Abends diskutierte ich lange mit Schulklassen der Deutschorden-Schule Lauchheim (Klasse 9) und der Eugen-Bolz-Realschule Ellwangen (Klasse 10). Kurz zuvor war auch eine Schulkasse der Freien Ev. Schule Heidenheim zu Besuch im Reichstag. Am Mittwoch war „SWR-Tag“, die Leiterin Birgit Wentzien wurde verabschiedet und wechselt als Chefredakteurin zum Deutschlandfunk. Am Mittwochabend schauten wir in der Landes-

gruppe nach einem harten Ausschusssitzungstag gemeinsam das Fußballspiel unserer Nationalmannschaft in der Parlamentarischen Gesellschaft an. Wegen der Konversion von Teilen der Ellwanger Kaserne sprach ich diese Woche zweimal mit dem Leiter der sogenannten "BlmA", die für die Umwidmung der Kasernen zuständig ist, Herrn Dr. Gehb, einem früheren MdB. Er kommt ja am 16. Juli auf meine Einladung in die Ellwanger Kaserne. Zum selben Thema traf ich den in Baden-Württemberg für Konversion zuständigen Minister Alexander Bonde. Er sicherte zwar finanzielle Mittel des Landes für die Konversion zu, bestand aber auf einer Ko-Finanzierung des Bundes. Das sehe ich zwar ähnlich, allerdings erhalten die Bundesländer seit 1994 jedes Jahr die Einnahmen von zwei Mehrwertsteuerpunkten, um Konversion leisten zu können, das darf man nicht vergessen. Minister Bonde meinte, um Ellwangen müsse man sich ja überhaupt keine Sorgen machen, das liefe doch alles prima. Solch eine Einschätzung habe ich ihm gegenüber nicht geteilt und habe ihm erläutert, dass Ellwangen aus strukturellen und regionalen Gründen behandelt werden muss, wie ein Standort, der aufgelöst wird, also wie Mengen-Hohentengen, Sigmaringen, Hardheim, Heidelberg. Mal sehen! Ähnlich habe ich beim Sommerfest der BlmA in Berlin argumentiert. Am heutigen Freitag besuchte der Kreisgeschäftsführer der CDU-Ostalb und Heidenheim, Jürgen Dönninghaus, den Bundestag.

Am Dienstag habe ich wegen einer Reihe von Gründen in der Fraktion gegen das Betreuungsgeld gestimmt, insgesamt haben 23 nicht dafür gestimmt, wobei die Fraktion nicht mehr vollständig war. Ich hoffe, dass bis zur nächsten Sitzungswoche noch intensiv nachgebessert wird, dann entscheidet das Plenum über den Gesetzentwurf. Meine Idee, das sogenannte Betreuungsgeld nicht auszuzahlen, sondern komplett für die Altersvorsorge aufzuwenden, also einen Kapitalstock zu bilden, wird sich wegen den Vorstellungen der CSU, die auf Barauszahlung besteht, nicht verwirklichen. Von einer Ausweitung auf Eltern, die ihre Kinder auch in Betreuungseinrichtungen geben, halte ich aus finanziellen Gründen nichts. Wir müssen mehr sparen. Allerdings baue ich auf eine gute Kompromisslösung. Im Plenum gegen die eigene

Regierung stimmen sollte ein Abgeordneter aber nur bei echten Gewissensfragen. Ein NEIN gegen die eigene Regierung mag kurzfristig Ehre einlegen, aber es schadet dem Zusammenhalt der Regierung und gibt der Opposition unnötig Schwung. Applaus von der falschen Seite sollte man nicht begehren! Konstruktiver Widerspruch im Vorfeld einer Entscheidung erhöht aber den Druck zur Nachbesserung.

Des weiteren hatte ich durch meine Mitgliedschaft im Auswärtigen und im Europa-Ausschuss eine Reihe von Gesprächen und Sitzungen zur Entwicklung auf dem Balkan, in Syrien und Nordafrika. Am Donnerstag früh nahm ich an einem Bürgergespräch in WDR 5 zur Rede des Bundespräsidenten über deutsche Sicherheitspolitik vom Montag teil, zum Nachhören unter: <http://bit.ly/LYZPfo>.

Zwei Reden rundeten die Sitzungswoche ab, eine Rede zum anstehenden Gipfel in Tokio, auf dem die internationale Gemeinschaft über die zivile Hilfe für Afghanistan nach 2014 beraten wird, während die andere Rede die laufenden Verhandlungen zur Regulierung des globalen Waffenhandels (ATT) behandelt. Beide Reden sind zu finden unter: <http://bit.ly/hiEHjP>

3. Sonstiges

In der kommenden Woche werde ich mit meinem Wahlkreisbüro in die Aalener Innenstadt, in die Fußgängerzone umziehen: Beinstraße 44, 73430 Aalen. Kommen Sie mich gern besuchen. Die Telefon- und Internetverbindungen bleiben unverändert.

Die letzte Sitzungswoche des Bundestages vor der Sommerpause ist vom 25.-29. Juni, in der Woche wird u.a. namentlich über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den Fiskalpakt, aber auch für den Einsatz der Marine im Libanon (UNIFIL) abgestimmt.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommeranfang.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

